



Die Aussicht auf einen anhaltenden Konflikt im Nahen Osten ist für Frankreich keine abstrakte geopolitische Größe mehr. Sie materialisiert sich in konkreten Zahlen – und diese fallen beträchtlich aus. Schätzungen aus Regierungskreisen und wirtschaftsnahen Institutionen beziffern die möglichen Zusatzkosten für den französischen Staatshaushalt auf bis zu sechs Milliarden Euro. In einem Land, dessen öffentliche Finanzen bereits strukturell angespannt sind, gewinnt diese Zahl politische Sprengkraft.

Energiepreise als unmittelbarer Schock

Der primäre Übertragungsmechanismus ist klassisch – und doch von erneuter Brisanz: die Energiepreise. Der Nahe Osten bleibt ein zentraler Knotenpunkt der globalen Öl- und Gasversorgung. Militärische Eskalationen führen zu steigenden Preisen auf den internationalen Märkten, oft sogar schon, bevor physische Lieferengpässe eintreten.

Für Frankreich bedeutete dies eine unmittelbare Verteuerung seiner Energieimporte. Trotz eines vergleichsweise hohen Anteils an Kernenergie ist das Land weiterhin auf fossile Brennstoffe angewiesen, insbesondere im Verkehrs- und Industriesektor. Ein steigender Ölpreis wirkt daher wie eine Steuer auf die gesamte Volkswirtschaft: Transportkosten steigen, Produktions- und Lieferketten verteuern sich, Konsumgüter werden teurer.

Hinzu kommt ein politischer Automatismus. Steigen die Energiepreise stark an, wächst der Druck auf den Staat, kompensierend einzugreifen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre – etwa nach Beginn des Ukraine-Krieges – haben gezeigt, wie kostspielig solche Massnahmen sein können. Preisbremsen, Subventionen oder direkte Transfers an Haushalte und Unternehmen belasten den Staatshaushalt erheblich und wirken oft länger nach als ursprünglich geplant.

Inflation und Wachstum: Ein doppelter fiskalischer Effekt

Die Verteuerung von Energie entfaltet ihre Wirkung nicht isoliert. Sie wirkt als Katalysator für breitere Inflationsprozesse. Steigende Produktionskosten werden entlang der Wertschöpfungsketten weitergegeben, wodurch sich die Teuerung in der gesamten Wirtschaft verfestigt.

Für die französische Wirtschaft, die sich ohnehin in einem nur moderaten Wachstumsumfeld bewegt, bedeutet dies zusätzlichen Gegenwind. Höhere Preise dämpfen die Kaufkraft der Haushalte und erhöhen die Unsicherheit bei Investitionen. Unternehmen reagieren mit Zurückhaltung, was sich in einer geringeren Dynamik von Beschäftigung und Innovation



niederschlagen kann.

Für den Staat ergibt sich daraus ein doppelter Effekt. Auf der einen Seite steigen die Ausgaben – etwa durch soziale Transfers oder energiepolitische Eingriffe. Auf der anderen Seite sinken die Einnahmen. Eine schwächere Konjunktur führt zu geringeren Steuereinnahmen, insbesondere bei der Mehrwertsteuer und der Körperschaftsteuer. Diese Kombination aus steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen erklärt, weshalb sich die Gesamtkosten eines externen Schocks rasch auf mehrere Milliarden Euro summieren können.

Sicherheitspolitik als zusätzlicher Kostenfaktor

Neben den wirtschaftlichen Auswirkungen entstehen auch direkte fiskalische Belastungen im Bereich der Sicherheit und Verteidigung. Frankreich versteht sich traditionell als global handlungsfähige Macht mit militärischer Präsenz in verschiedenen Weltregionen. Eine Eskalation im Nahen Osten erhöht die Wahrscheinlichkeit zusätzlicher Einsätze – sei es zum Schutz französischer Staatsbürger, zur Sicherung von Handelsrouten oder im Rahmen internationaler Koalitionen.

Solche Einsätze sind teuer. Transport, Logistik, Ausrüstung und Personal binden erhebliche Mittel. Hinzu kommen diplomatische und humanitäre Engagements, die zwar weniger sichtbar sind, aber ebenfalls finanziell ins Gewicht fallen. Gerade humanitäre Hilfe und Stabilisierungsmassnahmen sind oft langfristig angelegt und entziehen sich einer kurzfristigen Budgetlogik.

Begrenzte Spielräume der Haushaltspolitik

Angesichts dieser Entwicklung steht die französische Regierung vor einer schwierigen Aufgabe. Die fiskalischen Spielräume sind begrenzt, nicht zuletzt aufgrund der hohen Staatsverschuldung und der europäischen Stabilitätsregeln, die mittelfristig wieder stärker greifen dürften.

Die Reaktionsmöglichkeiten lassen sich im Wesentlichen auf drei Strategien verdichten. Erstens: Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen. Doch hier stösst die Politik rasch an Grenzen. Viele Ausgaben – etwa im Sozialbereich oder bei der öffentlichen Infrastruktur – sind politisch sensibel und wirtschaftlich schwer zu reduzieren, ohne negative Folgewirkungen zu riskieren.

Zweitens: die Erhöhung von Einnahmen. Dies kann über eine intensivere Bekämpfung von



Steuervermeidung und -hinterziehung geschehen oder durch gezielte Anpassungen im Steuersystem. Eine breit angelegte Steuererhöhung gilt jedoch als politisch heikel, insbesondere in einem Umfeld wirtschaftlicher Unsicherheit.

Drittens setzt die Regierung auf die Resilienz der Wirtschaft. Sollte der Konflikt zeitlich begrenzt bleiben und die Energiepreise sich wieder stabilisieren, könnte ein Teil der Belastungen ohne tiefgreifende Eingriffe absorbiert werden. Diese Hoffnung ist jedoch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Eine fragile Gleichung in unsicheren Zeiten

Die genannte Summe von sechs Milliarden Euro ist keine fixe Grösse, sondern eine Momentaufnahme unter bestimmten Annahmen. Ihre Aussagekraft hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung des Konflikts ab. Eine anhaltende Eskalation an strategisch sensiblen Punkten – etwa entlang wichtiger Schifffahrtsrouten – könnte die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich verstärken.

Unabhängig von der konkreten Höhe der Kosten verweist die Debatte auf ein strukturelles Problem. Frankreich – wie viele europäische Volkswirtschaften – bleibt anfällig für externe Schocks. Die Abhängigkeit von globalen Energie- und Handelsströmen lässt sich kurzfristig kaum reduzieren. Gleichzeitig sind die öffentlichen Finanzen so angespannt, dass selbst moderate externe Belastungen spürbare politische Konsequenzen haben.

In dieser Perspektive wirkt der Nahostkonflikt weniger als isoliertes Ereignis denn als Symptom einer tieferliegenden Verwundbarkeit. Er legt offen, wie eng geopolitische Entwicklungen und nationale Haushaltspolitik inzwischen miteinander verflochten sind – und wie schnell sich internationale Krisen in innenpolitische Verteilungskonflikte übersetzen.

Autor: P. Tiko